

**Bekanntmachung  
der deutsch-peruanischen Vereinbarung  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 7. Januar 2020**

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 18. November 2019/ 13. Dezember 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „TRANSPerú – NAMA für nachhaltigen Stadtverkehr in Peru“) ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 13. Dezember 2019

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Januar 2020

Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit  
Im Auftrag  
Philipp Behrens

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Lima, den 18. November 2019

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf den Antrag des Ministeriums für Verkehr und Kommunikation der Republik Peru vom 14. Juli 2014 an die Geber der NAMA Facility und das Antwortschreiben der Geber der NAMA Facility vom 17. November 2014 an das Ministerium für Verkehr und Kommunikation der Republik Peru folgende Vereinbarung über das Vorhaben „TRANSPerú – NAMA für nachhaltigen Stadtverkehr in Peru“ (Komponente der Finanziellen Zusammenarbeit) im Rahmen der NAMA Facility, einem gemeinsamen Klimaprogramm für national angemessene Minderungsmaßnahmen (NAMAs) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Peru, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Finanzierungsbeitrag (Zuschuss), der im Rahmen der NAMA Facility gewährt wird, für das Vorhaben

„TRANSPerú – NAMA für nachhaltigen Stadtverkehr in Peru“  
(Komponente der Finanziellen Zusammenarbeit)

von bis zu 1 880 000 Euro (in Worten: eine Million achthundertachtzigtausend Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

2. Die Verwendung des unter Nummer 1 genannten Förderbetrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Republik Peru zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, dass das Dargelegte die peruanischen Empfänger nicht davon entbindet, die geltenden Rechtsvorschriften der Republik Peru bei dem Abschluss und der Umsetzung dieser Verträge zu beachten.
3. Die Zusage des unter Nummer 1 genannten Förderbetrags entfällt, soweit nicht innerhalb von vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Verträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2022.
4. Im Hinblick auf Steuern und sonstige öffentliche Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der unter Nummer 2 genannten Verträge in der Republik Peru erhoben werden, gilt peruanisches Recht. Falls in Anwendung der peruanischen Gesetze Steuern im Zusammenhang mit dem Finanzierungsbeitrag (Zuschuss) erhoben werden, so werden diese vom Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Republik Peru übernommen.
5. Die Regierung der Republik Peru überlässt, unter Berücksichtigung nationalen Rechts, bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags (Zuschuss) ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
6. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Peru mit den unter den Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden. Die Vereinbarung tritt an dem Tag des Eingangs der Mitteilung in Kraft, durch welche die Republik Peru auf diplomatischem Weg die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten mitteilt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Stefan Herzberg

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Republik Peru  
Herrn Gustavo Meza-Cuadra Velásquez  
Lima